



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.11.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	16:31 Uhr bis 19:36 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt, Vorsitzende
Iris Frühling

Carsten Heym

Guido Haak

Katharina Kohl
Dr. Annette Kreutzfeldt
Sarah Labusga
Andreas Schachtschneider

Yvonne Krause

Marcel Funk

Ines Härtling

Andreas Hemming
Frederike Horn
Claudia Rohrbach
Ina Schneegans
Martin Thiele

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
anwesend ab 16.33 Uhr
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Heinrich
CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale),
anwesend bis 18.40 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volt/MitBürger, anwesend ab 16.33 Uhr
Fraktion Hauptsache Halle,
anwesend bis 18.59 Uhr
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale), anwesend bis 19.19 Uhr
Sachkundiger Einwohner,
anwesend bis 19.11 Uhr
Sachkundige Einwohnerin,
anwesend bis 18.29 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Daniela Suchantke
Dr. med. Christine Gröger
Sabine Ernst
Steve Müller
Kerstin Riethmüller
Uwe Theiß
Sophia Waldowski
Oliver Paulsen

Beigeordnete Bildung und Soziales
Gleichstellungsbeauftragte
Leiterin Fachbereich Gesundheit
Leiterin Fachbereich Soziales
Leiter Abteilung Soziale Hilfen
Seniorenbeauftragte
Leiter Abteilung Existenzsichernde Leistungen
stellvertretende Protokollführerin
Leiter DLZ Integration

Gäste

Christine Sattler
Ann Borgwardt
Jan Kaltofen
Emma Kohler
Dr. Andreas Niedermaier

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
Geschäftsführer Jobcenter
Medinetz Halle/Saale e. V.
Medinetz Halle/Saale e. V.

Entschuldigt fehlten:

Olaf Schöder
Andreas Heinrich
Jan Riedel

AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Johannes Luppe
Sabrina Otto
Olga Tidde

Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte **Frau Härtling** als neue sachkundige Einwohnerin im Gremium.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider sagte, dass der TOP 6.1, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Bestattungswäldern, als erledigt zu erklären ist.

Frau Haupt sagte, dass es unter dem TOP 7 Mitteilungen eine neue Mitteilung gibt: Jahresplanung 2025.

Sie schlug eine gemeinsame Behandlung von TOP 5.1, Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024, und TOP 6.2, Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat, vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586
- 6.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat
Vorlage: VIII/2025/01314
- 5.2. Vierter Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) 2025-2028
Vorlage: VIII/2025/01672
- 5.3. Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: VIII/2025/01330

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat
Vorlage: VIII/2025/01314
 - 6.3. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG
Vorlage: VIII/2025/01624
7. Mitteilungen
 - 7.1. Vorstellung Medinetz Halle/Saale e.V. – Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete
 - 7.2. Vorstellung Seniorenbesuchsdienst „Klingelzeichen“
 - 7.3. Informationen zum aktuellen Entwurf zur neuen Grundsicherung
 - 7.4. Berichterstattung zur AM-Situation in der Grundsicherung
 - 7.5. Berichterstattung zur Inanspruchnahme BuT
 - 7.6. Berichterstattung zum Status Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente
 - 7.7. Jahresplanung 2025
Vorlage: VIII/2025/01878
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu anonymen Meldungen von vermeintlichem Leistungsmissbrauch
Vorlage: VIII/2025/01846
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Haushalt

Fragesteller 1 fragte, wo im Verantwortungsbereich von Bildung und Soziales Potentiale zum Sparen gesehen werden, um eine zur Reduzierung von Standards auch bei der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zu erreichen.

Frau Brederlow sagte, dass Standards bei Pflichtaufgaben reduziert werden könnten, jedoch zum Nachteil der Betroffenen. An der Stelle, an der Standards durch verschiedene Verordnungen oder Richtlinien vorgegeben sind, lassen sie sich nicht verändern. Das ist gesetzlich geregelt. Es gibt Pflichtaufgaben und diese liegen im Ermessen der jeweiligen Kommune. Das ist eine Abwägung, die die Verwaltung treffen muss.

Sie sagte, es gäbe durchaus Potential. Jedoch, wenn bei Sozialleistungen Standards reduziert werden, wirkt sich das unmittelbar auf die Klienten aus. Im Rahmen von Verwaltungsmodernisierung gab es in den letzten Jahren verschiedene Organisationsveränderungen, besonders in den Bereichen Soziales und Gesundheit. Diese haben nicht ausgabensenkend gewirkt, jedoch zu einer Sicherheit der Aufgabenerfüllung geführt.

Fragesteller 1 sagte, dass die Hilfen zur Erziehung ein großer Block an Ausgaben sind. Er bat darum, diese Hilfen in dem Kontext Standardreduzierung einzuordnen.

Frau Brederlow sagte, dass bezogen auf die stationäre Hilfe, dies den größten Kostenfaktor ausmacht. Dafür gibt es Standardvorgaben vom Land. Hier hat die Kommune kaum Ermessensspielräume. Jedoch im Bereich der ambulanten und teilstationären Leistungen. Auch das ist ein großer Kostenfaktor. Es gibt bundesweite Überlegungen der Anpassungen der Standards.

zu 3.2 Fragestellerin 2 zum Wohngeld

Fragestellerin 2 äußerte Bedenken hinsichtlich der langen Bearbeitungszeiten von Wohngeldanträgen. Sie wies darauf hin, dass an den Wohngeldbescheid weitere Leistungen, wie beispielsweise Bildung und Teilhabe, gekoppelt sind. Es kommt häufig vor, dass Nachforderungen von Unterlagen, die für die Beantragung notwendig sind, erst Monate nach der Antragstellung angefordert werden, was eine fristgerechte Einreichung unmöglich macht.

Sie erkundigte sich, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreifen kann oder bereits unternimmt, um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen und somit zu verhindern, dass Menschen in prekäre Notsituationen geraten und die soziale Teilhabe von Kindern sichergestellt wird. Des Weiteren fragte sie, wie die Antragsbearbeitung so verändert werden kann, dass die Nachreichungen einfacher gestaltet wird.

Frau Ernst berichtete, dass sich der Ausschuss in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Thema Wohngeld und den damit verbundenen Bearbeitungszeiten auseinandergesetzt hat. Primäres Ziel ist es, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Wartezeiten von bis zu sechs Monaten sind nicht akzeptabel. So sind in den vergangenen Monaten zahlreiche Maßnahmen zur Prozessoptimierungen umgesetzt worden. Die Vollständigkeit der Unterlagen wird nunmehr bereits vor der Prüfung des Antrages gesichtet. Zudem wurde im

Fachbereich Soziales am Standort Südpromenade ein Front Office eingerichtet, das Bürgerinnen und Bürger ohne Terminvereinbarung bei der Klärung ihrer Anliegen unterstützt.

Derzeit ist bei Vorlage aller gesetzlich erforderlichen Unterlagen mit einer Wartezeit von etwa dreieinhalb Monaten zu rechnen. Die Wartezeit soll weiter reduziert werden. Sie bat die Fragestellerin, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen, damit die Leiterin des Front Office sich zeitnah mit ihr in Verbindung setzen kann, um eine schnelle Lösung zu finden.

Fragestellerin 2 fragte, wie die konkreten Maßnahmen zum Bereich Bildung und Teilhabe aussehen. Im Speziellen, wie man an die Leistungen kommt, wenn noch kein Wohngeldbescheid vorliegt.

Frau Ernst sagte, dass in solchen Fällen eine interne Verständigung erfolgt. Sie wies darauf hin, dass der Leiter der Abteilung Soziale Hilfen im Rahmen der Mitteilungen heute auch über Prozessoptimierungen im Team Bildung und Teilhabe informieren wird. Die Präsentation wird anschließend im Ratsinformationssystem eingestellt und kann auch übersendet werden.

Fragestellerin 2 erklärte sich damit einverstanden, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.10.2025. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586

zu 6.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat
Vorlage: VIII/2025/01314

Frau Brederlow sagte, dass es bis zur Bereinigungssitzung noch Änderungsblätter der Verwaltung geben wird. In dieser Sitzung werden dann auch Änderungsanträge der Fraktionen behandelt.

Frau Labusga fragte, wann die offenen Fragen ihrer Fraktion beantwortet werden.

Frau Brederlow sagte, dass aus ihrem Bereich alle vorliegenden Fragen beantwortet sind. Eventuell gab es einen Zeitverzug bei der Einstellung der Antworten.

Frau Labusga führen in den Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat ein und bat um Zustimmung.

Frau Brederlow sagte, dass es zu dem Antrag noch keine fachliche Stellungnahme gibt. Sie

sagte, dass in der Begründung des Antrages steht, dass andere interessensvertretende Beiräte über entsprechende Budgets verfügen. Dies ist der Verwaltung unbekannt. Alle Beiräte, die aktuell in der Stadt existieren, werden im Bereich Sachkosten, wozu auch die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit gehören, an der Stelle des jeweiligen Vertreters innerhalb der Verwaltung mit verbucht.

Herr Schachtschneider sagte, dass die Beiräte, wie zum Beispiel der Seniorenbeirat, über ein Budget verfügen. Er zitierte Frau Brederlow, dass der Zuständige in seinem Bereich dafür zuständig ist. Da wäre das nur noch eine Zuordnungsfrage und der Antrag könnte modifiziert werden. Er fragte, aus welchem Grund es für den Behindertenbeirat kein Budget für Öffentlichkeitsarbeit gibt.

Frau Brederlow stellte klar, dass der Seniorenbeirat ein eingetragener Verein ist. Dieser wird mit Fördermittel unterstützt. Aus diesem Grund verfügen sie dort über ein eigenes Budget. Dass es einen Stadtschülerrat gibt, ist gesetzlich vorgeschrieben. Für die Sitzungen des Stadtschülerrates ist ein Budget im Fachbereich Bildung vorgesehen. Ebenso für den Kinder- und Jugendbeauftragten, beziehungsweise für die Kinder- und Jugendbeteiligung.

Frau Labusga sagte, dass der Migrationsbeirat ebenfalls über ein Budget verfügt.

Herr Paulsen informierte, dass der Migrationsbeirat ebenfalls über kein eigenes Budget in der Verwaltung im städtischen Haushalt verfügt, sondern sich über Fördermittel finanziert.

Herr Heym fragte, wie das im Behindertenbeirat diskutiert wird. Ihm sei zugetragen worden, dass dort eher der Bedarf gesehen wird für Gebärdendolmetscher. Der benannte Punkt im Antrag steht eigentlich nicht im Fokus. Es ist für ihn fraglich, ob man im Zuge der Haushaltskonsolidierung neue Bereiche erschließen muss.

Frau Labusga sagte, dass es der Fraktion wichtig ist, dass die Interessensvertretungen gleichberechtigt ausgestattet sind. Das ist bei dem Behindertenbeirat derzeit nicht der Fall.

Frau Brederlow sagte, dass auf Seite 825 die Beauftragten zu finden sind. Auf der Seite 826 unter den Aufgaben ist auch die qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit zu finden.

Frau Haupt schlug vor, in die Teilbereiche des Haushaltes einzusteigen.

Frau Suchantke sagte zum Teilbereich Gleichstellung, dass die Bezeichnung mit den Änderungsblättern wieder in Gleichstellung der Geschlechter umbenannt wird. Es gibt keine weiteren Änderungsmitteilungen zu diesem Teil.

Es gab keine Fragen zum Bereich Bildung und Soziales.

Herr Heym fragte, ob grundsätzliche Statements jetzt oder später erfolgen sollen.

Frau Haupt sagte, dass sie auch jetzt erfolgen können.

Herr Heym erinnerte an seine Idee, eine Sterbeversicherung einzuführen, damit die Kosten der Beerdigung darüber gedeckt sind. Es erfolgte eine Antwort der Verwaltung, dass dies eine neue freiwillige Leistung wäre und momentan nicht möglich ist. Er drückte sein Bedauern aus, da diese neue freiwillige Leistung dazu führen würde, dass eine Pflichtaufgabe entlastet werden wird.

Frau Ernst sagte, dass das Anliegen nachvollziehbar war, die Umsetzung jedoch rechtlich nicht zulässig ist.

Frau Haupt sagte, dass man zum Bereich Gesundheit übergeht. Sie sagte, dass es im Bereich der Suchtberatung ein Defizit von 40.000 Euro gibt. Sie fragte, ob die Zahl noch aktuell ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass auf der Seite 1162 das Produkt der Suchtberatungsstellen zu finden ist. Es gab eine Nachbesserung durch die Beratungsstellen, sodass jetzt ein Delta von circa 16.000 Euro entsteht. Die evangelische Stadtmission und die DROBS haben ihre eingereichten Anträge überarbeitet.

Frau Haupt fragte, ob nun statt 40.000 Euro nur knapp 16.000 Euro fehlen, allerdings müssen noch die fehlenden 3000 € aus dem Ansatz hinzugerechnet werden

Frau Dr. Gröger bejahte das.

Frau Haupt fragte, ob die Zahlen bis zur Bereinigungssitzung eingepflegt werden.

Frau Brederlow verneinte das. Die Verwaltung wird nicht vorschlagen, dass die Summe mit in den Haushalt einfließt. Es geht hier um eine Pflichtaufgabe im Ermessen.

Frau Haupt sagte, dass es sich um ein Missverständnis handelt. Sie sagte, dass sich die Summe von 40.000 Euro auf 16.000 Euro reduziert hat. Die Zahl muss in den Unterlagen vermerkt sein.

Frau Brederlow verneinte das. Was gegebenenfalls verändert wird, ist die Einnahmeseite. Bei den Ausgaben wird es keine Veränderungen geben.

Frau Haupt fragte, ob es noch weitere Fragen gibt. Sie bat um die Abstimmung für den TOP 6.2.

Herr Heym sagte, dass der TOP 5.3. Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung), auch mit dem Haushalt beraten werden sollte. Das Gremium signalisierte Zustimmung.

Frau Brederlow führte kurz in die Vorlage ein.

Herr Heym sagte, dass hier konzeptionell ein Widerspruch im Zusammenhang mit anderen Vorlagen, die im Zuge der Haushaltsberatungen beraten werden, besteht. In einem anderen Ausschuss wurde der Erhöhung der Gebühren für die Stadtbibliothek diskutiert und mehrheitlich als für die Nutzer leistbar erachtet. Seine Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Schachtschneider sagte, dass im Finanzausschuss zwei verschiedenen Antworten zum Thema Tanzveranstaltungen gegeben wurden. Einerseits wäre der personelle Aufwand marginal und das sei zu vernachlässigen. Andererseits hieß es, der Verwaltungsaufwand entspricht nicht dem Ergebnis. Dies seien zwei grundverschiedene Antworten. Seiner Meinung nach ist die Höhe nicht unerschwinglich. Es ist zumutbar, wenn der Spaß etwas teurer wird.

Er sagte, die Erhöhung ist auf 18 Prozent. Andere Kommunen haben 20 Prozent und darüber. Die Erhöhung sei für die Spielstätten leistbar. Er kündigte einen Änderungsantrag dazu an.

Herr Heym sagte, dass die Spielstätten Gewerbesteuern zahlen. Die Nutzer können auch auf das Internet ausweichen. Wenn die Verwaltung Druck ausübt, könnte der Geschäftszweig verloren gehen.

Herr Haak sagte, dass in hauptamtlichen Spielhallen im Sinne der Suchtbehandlung agiert wird und bekannte suchtgefährdete Personen dort nicht spielen dürfen. Dies ist in kleineren Einrichtungen, die das nur als Nebengewerbe führen, nicht der Fall. Dies gab er zu Bedenken.

Frau Brederlow sagte, dass dies eine schwierige Angelegenheit ist. Es ist unsicher, ob es eine Erfassung aller Spielautomaten in kleineren Gewerben gibt. In größeren Spielhallen kann man schneller agieren im Zuge der Suchtberatung. Der Zugang zu den Menschen in kleineren Einrichtungen ist schwieriger.

Herr Haak sagte, dass das tatsächlich nicht so einfach ist. Er sagte, dass das Thema mit zu beachten ist und dem Finanzausschuss gespiegelt werden soll.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, ob an solchen Stellen überhaupt eine Suchtberatung stattfindet. Sie empfindet die Diskussion als merkwürdig.

Herr Schachtschneider sagte, dass solche Spielstätten auch Horte von Kriminalität sein können.

Herr Haak sagte, dass es ihm um die Suchtprävention geht. In hauptamtlichen Spielstätten bekommen gemeldete suchtgefährdete Menschen keinen Zutritt. Dies ist in kleinen Betrieben nicht der Fall.

Herr Schachtschneider fragte, ob es schon Suchtprävention ist, wenn man gemeldet ist und keinen Zutritt zu der Spielhalle bekommt.

Frau Dr. Gröger sagte, dass das ein komplexes Thema ist. Eine Abwägung ist sehr schwierig. Es wäre hilfreich zu wissen, wieviel Ausweichspielstätten es in der Stadt gibt. Beide Seiten haben gute Argumente, die für das jeweilige Vorgehen sprechen. Fakt ist, dass jemand, der nicht mehr in die Spielstätte darf, weil ihm das auferlegt wurde, Ausweichmöglichkeiten suchen und sich dem Hilfesystem erst recht entziehen wird.

Wenn die Steuer erhöht wird, wird das auf die Nutzer umgelegt. Sie sagte, dass es auch dann den Effekt geben wird, der die Leute in das sogenannte Hinterstübchen treiben wird. Andererseits sind an anderen Stellen auch Erhöhungen erfolgt. Zusammengestellte Unterlagen von der Suchtkoordinatorin Frau Jäger werden unter dem TOP im Ratsinformationssystem hinterlegt. Zu der Frage von Herrn Schachtschneider sagte sie, dass es Prävention ist, nicht primär, sondern sekundär oder tertiär.

Frau Haupt sagte, dass es nach dem Austausch dazu unterschiedliche Auffassungen gibt.

Herr Heym sagte, dass die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586

Abstimmungsergebnis sKE:

einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für
Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat
Vorlage: VIII/2025/01314**

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines jährlichen Budgets zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Behindertenbeirates in Höhe von 5.000 Euro.

**zu 5.2 Vierter Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) 2025-2028
Vorlage: VIII/2025/01672**

Frau Suchantke führte anhand der Präsentation in die Beschlussvorlage ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga regte an, dass der Gleichstellungsaktionsplan informativ auch in den anderen tangierenden Ausschüssen vorgestellt wird.

Sie fragte zur Evaluierung des 3. Gleichstellungsaktionsplanes. Sie hatte sich quantitativ und qualitativ etwas mehr erwartet und fragte, ob weitere Detaillierungen noch eingefügt werden können. Sie fragte, was an stadtinternen Maßnahmen im Bereich der Schulungsformate vorgesehen ist und ob hier mit Internen oder Externen gearbeitet wird. Außerdem fragte sie, an wen sich die Kneipen-Kampagne zu der Maßnahme „Sensibilisierung im Bezug auf K. O.-Tropfen“ richtet.

Frau Suchantke sagte zur Evaluierung des 3. Gleichstellungsaktionsplanes, dass diverse Details teilweise noch eingefügt werden können.

Die Schulungsformate sind nicht nur intern, sondern auch, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen, für extern gedacht. Die Schulungen werden an die Wünsche und Bedarfe der Anfragenden angepasst.

Die Kampagne in Bezug auf K.O.-Tropfen ist perspektivisch darauf ausgelegt, auf das Thema aufmerksam zu machen. Dabei werden auch Clubbetreibende eingeschlossen.

Frau Haupt fragte zur Förderung von Teilhabe durch bezahlbaren Wohnformen für Alleinerziehende und Ältere. Die Beratung soll hier mit dem GB II erfolgen. Sie fragte, wie man die Öffentlichkeit teilhaben lassen kann. Außerdem bemängelte sie, dass nach dem Grußwort die Unterschrift fehlt.

Frau Suchantke sagte, dass die Unterschriften inzwischen drin sind.

Zu dem Thema der Maßnahme erklärte sie, dass es im Geschäftsbereich stets eine Idee oder einen Plan gibt, der dem Abgebildeten zugrunde liegt. Sie sagte, dass jederzeit zu bestimmten Maßnahmen Fragen gestellt werden können.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte wie hoch das Budget ist innerhalb des Planes ist.

Frau Suchantke sagte, dass es 5.000 Euro jährlich sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Vierten Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) für 2025-2028. Im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt der Stadtrat die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.

zu 5.3 Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: VIII/2025/01330

Dieser TOP wurde bereits gemeinsam mit den TOP 5.1 und 6.2 behandelt und abgestimmt.

Abstimmungsergebnis skE: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) (siehe Anlage).

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.3 **Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG** **Vorlage: VIII/2025/01624**

Frau Labusga führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Brederlow wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin und bekräftigte die Ablehnung zum Antrag.

Herr Schachtschneider fragte, dass es keine nennenswerten Zahlen gibt. Man könnte den Antrag eigentlich als erledigt erklären.

Herr Heym bestätigte die Aussage von Herrn Schachtschneider.

Herr Schachtschneider stellte den Geschäftsordnungsantrag darauf, dass der Antrag als erledigt zu erklären ist. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) eine Strategie zur Verbesserung des Vogelschutzes an den halleschen Haltestellen zu entwickeln.
2. Im Zuge dessen ist eine Prioritätenliste der besonders vogelschlaggefährdeten Haltestellen zu erstellen.
3. Teil der Strategieentwicklung soll die Festlegung eines fachlich fundierten Standards für Vogelschutzmuster an Haltestellen der HAVAG sein.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Vorstellung Medinetz Halle/Saale e.V. – Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete**

Frau Haupt beantragte das Rederecht für Frau Kohler, Herr Lange, Herr Basekow und Herrn Niedermaier. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Ernst führte kurz in das Thema ein. Sie sagte, dass die Verwaltung mit dem Verein im Austausch steht. Das grundsätzliche Anliegen ist nachvollziehbar. Durch das Land müssen nach Auffassung der Stadt erst die Voraussetzungen zur Einführung einer Elektronischen Gesundheitskarte geschaffen werden. Der Verein vertritt dazu eine andere Auffassung. Im Ausschuss besteht für den Verein nunmehr die Möglichkeit, die Stadträte über den aktuellen Sachstand zu informieren und einen Impuls zu geben.

Frau Kohler und Herr Dr. Niedermaier informierten anhand der Präsentation über die Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Haupt dankte dem Verein für ihre aktive Arbeit. Sie sagte, vor einiger Zeit wurde gesagt, die Einführung der Karte sei nicht möglich aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Sie fragte, was getan werden muss, damit die Karte auch in Halle eingeführt werden kann.

Frau Ernst sagte, dass die Voraussetzungen durch das Land geschaffen werden müssen.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Unsicherheit bei den Leistungserbringern, ambulant und stationär, nicht geringer wird. Sie fragte, wie man der Sache begegnen kann und die Kolleginnen und Kollegen, die die Leistung erbringen sollen, unterstützen kann.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Kosten im Bereich Gesundheitswesen seit 2015 enorm gestiegen sind.

Herr Heym sagte, dass in Arztpraxen aufgrund von Überfüllung keine Neupatienten mehr aufgenommen werden können, nicht etwa aufgrund eines Behandlungsscheins. Seiner Erfahrung nach werden auch keine Patienten in Zahnarztpraxen abgewiesen, die im Besitz eines solchen Scheins sind. In den Arztpraxen, insbesondere in den Facharztpraxen, herrscht ein erheblicher Druck, und die Terminvergabe gestaltet sich als schwierig.

Frau Haupt wies darauf hin, dass der TOP lediglich eine Mitteilung ist.

Herr Schachtschneider fragte zum Verständnis, dass Ärzte wegen schlechterer Verrechnung der Ausgaben Patienten mit einem Behandlungsschein nicht behandeln. Er wollte wissen, was sich durch die Einführung der Gesundheitskarte ändern soll. Gibt es einen technischen Unterschied zwischen dem Schein und der Karte?

Frau Krause bat um die Nachreichung des prozentualen Satzes aus anderen Kommunen der Asylsuchenden und medizinischen Kosten und wie sich die Zahlen innerhalb eines Jahres entwickelt haben.

Frau Kohler sagte die Zuarbeit zu.

Herr Haak sagte, dass er auch fachärztlich tätig ist und wenn Patienten mit einem Behandlungsschein kommen, hat das keine Nachteile für sie. Die Abrechnung erfolgt über die kassenärztliche Vereinigung und es macht betriebswirtschaftlich keinen Unterschied. Er votierte dafür, dass die Vorprüfung des Gesundheitsamtes nicht wegfallen soll.

Herr Funk fragte zum Verständnis, ob der Behandlungsschein auf Anfrage erstellt werden kann und ob der direkt vor Ort ausgestellt werden kann oder ob eine Wartezeit erfolgt. Weiterhin fragte er, ob die Gesundheitskarte, die in Dresden eingeführt wurde, ob die für ganz Deutschland gilt oder ob es da Einschränkungen gibt. Er fragte, ob die Inanspruchnahme von Leistungen nach der GKV ohne die Prüfung durch das Gesundheitsamt zu Kostensteigerungen führen kann.

Frau Kohl fragte, warum das Gesundheitsamt eine Vorprüfung machen muss und nicht die Ärzte oder Ärztinnen über die Notwendigkeit entscheiden.

Frau Haupt fragte, kann der Impuls zur Einführung der Gesundheitskarte nicht von der Kommune ausgehen kann.

Frau Ernst sagte, dass Impulse grundsätzlich von überall herkommen können. Das Thema im Ausschuss kann heute einen Auftakt sein.

Herr Theiß berichtet über den Ablauf, wenn durch Asylsuchende Krankenhilfeleistungen beantragt werden. Den Behandlungsschein stellt das Sozialamt aus. Im Regelfall wird dieser für ein Quartal ausgestellt oder mindestens für die Laufzeit des entsprechenden Aufenthaltsstatus. Für diesen Vorgang bedarf es keiner vorherigen Prüfung. Das trifft nur auf weiterreichende Behandlungen zu. Ohne den Schein, weil er zum Beispiel verloren gegangen ist, kann die Praxis die Behandlung über einen Notbehandlungsschein abrechnen.

Herr Dr. Niedermaier sagte, dass die Situation in den Praxen wesentlich schwierig ist. Es dürfte den Asylsuchenden aber keine weiteren Hürden auferlegt werden.

zu 7.2 Vorstellung Seniorenbesuchsdienst „Klingelzeichen“

Frau Haupt beantragte das Rederecht für Frau Sattler und Frau Borgwardt. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Riethmüller bedankte sich vorab für die gute Zusammenarbeit mit der Freiwilligen-Agentur.

Frau Sattler und Frau Borgwardt informierten anhand der Präsentation über den Seniorenbesuchsdienst „Klingelzeichen“. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Haupt fragte, wie die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen gewonnen werden.

Herr Hemming fragte, wie sich der Begriff Senior definiert und ob das Alter nach unten offen ist.

Frau Borgwardt sagte, dass das vom Bedarf abgeleitet wird. Einsame Personen, die Unterstützung benötigen, würden in die Kategorie zählen. Es gibt keine feste Definition. Es wird versucht, die realen Bedarfe zu bedienen. Freiwillige werden über verschiedene Plattformen gewonnen, zum Beispiel die Engagementberatung, Pressemitteilungen, Informationsständen oder www.engagiert-in-halle.de.

Frau Haupt bedankte sich für die Arbeit der Freiwilligen-Agentur.

zu 7.3 Informationen zum aktuellen Entwurf zur neuen Grundsicherung

Frau Haupt beantragte das Rederecht für Herrn Kaltofen. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Kaltofen informierte über den aktuellen Entwurf zur neuen Grundsicherung. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.4 Berichterstattung zur AM-Situation in der Grundsicherung

Herr Kaltofen informierte über den aktuellen Entwurf zur neuen Grundsicherung. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Heym sagte, dass der Presse zu entnehmen war, dass das in Beschäftigung bringen, oft nur ein temporärer Erfolg ist und nicht zur Verstetigung führt. Er fragte, inwieweit in Halle dazu eine statistische Aussage getroffen werden kann.

Herr Kaltoven sagte, dieser Effekt in einigen Regionen tatsächlich existiert. In Halle ist man nur bedingt in der Lage die Situation statistisch abzubilden, wie lange jemand in Beschäftigung ist. Menschen, die mindestens sechs Monate in Beschäftigung sind, bleiben das in der Regel auch weiterhin. Im Jahr 2024 gab es eine SGB II-Quote von 15,4 Prozent.

zu 7.5 Berichterstattung zur Inanspruchnahme BuT

Herr Müller informierte anhand der Präsentation über den kommunalen Teil von BuT. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Haupt fragte nach den Öffnungszeiten des Frontoffice.

Frau Ernst nannte die Öffnungszeiten während der Pilotphase: Montag von 9.00 bis 12.30 Uhr, Dienstag von 13.00 bis 17.30 Uhr und Donnerstag von 9.00 bis 12.30 Uhr. Es wird eine Auswertung der Pilotphase erfolgen.

Herr Kaltoven informierte über die Inanspruchnahme BuT. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Rohrbach fragte, ob die Einschätzung richtig ist, dass Eltern mehr darüber informiert sind, die Leistungen für Schulbedarf zu beantragen, jedoch nicht für Mittagessen und den anderen Leistungen.

Herr Kaltoven verneinte das. Im Bereich der Vereinsarbeit sind den Eltern die Angebote im Stadtgebiet teilweise unbekannt oder ungeeignet. Dieses Handlungsfeld müsse angegangen werden.

zu 7.6 Berichterstattung zum Status Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente

Herr Kaltoven informierte über den Status zur Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.7 Jahresplanung 2025 Vorlage: VIII/2025/01878

Frau Haupt informierte, dass die Mitteilung zur Jahresplanung 2025 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 7.8 Frau Dr. Gröger zum Stand Rattenbekämpfung

Frau Dr. Gröger informierte darüber, dass sich die Zahlen der Rattenbekämpfung nicht signifikant verändert hat. Die Präsentation dazu ist im Ratsinformationssystem hinterlegt. Sie schlug vor, dass die Zahlen regelmäßig zur Verfügung gestellt werden und einmal im Quartal dazu ein Austausch im Ausschuss erfolgt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu anonymen Meldungen von vermeintlichem Leistungsmissbrauch Vorlage: VIII/2025/01846

Frau Haupt informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.2 Herr Heym zum Wohngeld

Herr Heym fragte, ob die Bearbeitung des Erstantrages für Wohngeld aktuell durchschnittlich sechs Monate Bearbeitungszeit benötigt.

Frau Ernst sagte, dass die Bearbeitung aktuell circa dreieinhalb Monate dauert, Tendenz weiter sinkend.

Herr Heym fragte, wie lange die Bearbeitungszeit für Anträge der Weiterbewilligung ist.

Frau Ernst sagte, dass es keinen Unterschied gibt.

Herr Heym zeigte sich überrascht und äußerte, dass er davon ausgegangen ist, die Bearbeitung für die Weiterbewilligung würde schneller gehen, da die erforderlichen Unterlagen bereits eingereicht worden sind.

Frau Ernst sagte, dass zunächst alle gesetzlich erforderlichen Unterlagen vorliegen müssen.

zu 8.3 Frau Haupt zur Bezahlkarte

Frau Haupt sagte, dass ihr berichtet wurde, dass es Probleme mit der Zahlung des Deutschland-Tickets mit der Bezahlkarte gibt.

Frau Ernst sagte, dass es zu Beginn der Einführung Probleme mit dem Lastschriftverfahren gab, die vom Land behoben wurden. Aktuell sind ihr keine Probleme bekannt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Haupt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin